



Landtagsklub – News

24. März 2022



Themen-Übersicht:

Dringlichkeitsantrag von SPÖ und NEOS zum Teuerungsausgleich.....	3
SPÖ unterstützt Forderung nach Erhöhung des Heizkostenzuschusses	3
Pflege in NÖ JETZT auf stabile Beine stellen	4
SPÖ NÖ für notwendige Bundesheer-Investitionen	5
Tierleid in NÖ muss endlich gestoppt werden.....	5



Dringlichkeitsantrag von SPÖ und NEOS zum Teuerungsausgleich

„Vielen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern steht das Wasser bis zum Hals, sie wissen nicht mehr, wie sie **Geld für Heizen, Essen, Wohnen und Tanken** aufbringen sollen und die ÖVP NÖ hat nichts Besseres zu tun, als auf die mickrigen Almosen der türkis-grünen Bundesregierung hinzuweisen!“, verurteilt **LAbg. Rene Pfister** die Untätigkeit von Landeshauptfrau Mikl-Leitner und deren Parteikollegen: „Deshalb fordert die NÖ Sozialdemokratie gemeinsam mit den NEOS den **blau-gelben Teuerungsausgleich: 200 Euro für alle NiederösterreicherInnen**, welche GIS-befreit oder Wohnzuschussbezieher sind oder Wohnbeihilfe erhalten! Der blau-gelbe Teuerungsausgleich soll im April 2022 ausbezahlt werden und **entlastet rund 60.000 Haushalte** in unserem Bundesland sofort! Wer rasch hilft, hilft doppelt!“

Zur Überraschung aller ließen ÖVP und FPÖ keine Debatte über den Dringlichkeitsantrag zu. „Ein **demokratiepolitischer Skandal** bringt die NiederösterreicherInnen um den blau-gelben Teuerungsausgleich von 200 Euro! Eine absolut letztklassige Aktion der Volkspartei und der Freiheitlichen, die 60.000 Menschen in unserem Bundesland mit voller Wucht und Absicht weiter ins finanzielle Chaos stoßen!“, kritisierte der **stellvertretende Klubobmann LAbg. Mag. Christian Samwald**.

SPÖ unterstützt Forderung nach Erhöhung des Heizkostenzuschusses

LAbg. Mag. Karin Scheele drängte in der Landtagsdebatte zur **Erhöhung des Heizkostenzuschusses** auf dessen massive Anhebung: „Es ist eine Schande, dass sich viele Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher darüber Gedanken machen müssen, ob sie heute die **Heizung** aufdrehen, damit ihnen bis zum Monatsende noch genügend Geld für **Essen, Tanken und Wohnen** übrig bleibt – so kann es nicht weiter gehen! Es braucht eine massive Anhebung des Heizkostenzuschusses, weshalb es seitens der Sozialdemokratie ein klares Ja zur Erhöhung auf 300 Euro gibt!“

Der Antrag wurde von der ÖVP und den NEOS abgelehnt.

Pflege in NÖ JETZT auf stabile Beine stellen

Im Landtag stand ein ÖVP-Antrag zur Debatte, dessen Quintessenz es ist, dass die Landesregierung an die Bundesregierung herantreten solle, um das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz zu novellieren. „Anstatt das Heft selbst in die Hand zu nehmen und für Verbesserungen zu sorgen, schiebt die ÖVP NÖ zum x-ten Mal die Verantwortung auf den Bund ab, weil sie weiß, dass somit wieder nichts herauskommen wird! Seit Jahren erleben wir dasselbe Spiel, seit Jahren wird der **Pflegenotstand mehr und mehr verschärft!** Was muss noch alles geschehen, damit das Land NÖ, allen voran Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, handelt?“, kritisiert **Gesundheitssprecherin LAbg. Mag. Karin Scheele** die Vorgangsweise der Volkspartei.



Die SPÖ hat aus diesem Grund erneut einen **Resolutionsantrag** mit konkreten Forderungen eingebracht, der jedoch zum Leidwesen von **Pflegepersonal, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen** von der ÖVP NÖ vom Tisch gewischt wurde, erläutert Scheele: „Wir werden in dieser Causa hartnäckig bleiben und fordern weiter einen **Mindestpersonalschlüssel** im Pflegebereich, um **ausreichend Personal** für die pflegebedürftigen Menschen in unserem Bundesland zur Verfügung stellen zu können. Weiters braucht es endlich **mehr Gehalt** und **mehr Freizeit für die Angestellten**, welche seit Jahren und Jahrzehnten auf einem absoluten Maximum arbeiten. Und last but not least braucht es auch die Möglichkeit in unserem Bundesland **pflegende Angehörige anstellen zu können**, um diesen Menschen 1. die Möglichkeit zu geben, eine **arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Absicherung** zu erhalten und 2. auch, um **Druck aus dem Pflegesystem** zu nehmen!“

Der Resolutionsantrag wurde von der ÖVP abgelehnt.

SPÖ NÖ für notwendige Bundesheer-Investitionen

„Bevor wir über das österreichische Verteidigungsbudget reden, sollten wir unmissverständlich feststellen, dass wir **jede militärische Aggression ablehnen**, die russische Invasion in der Ukraine auf das schärfste Verurteilen und Präsident Putin und die Russische Föderation auffordern, die Kriegshandlungen unverzüglich und bedingungslos einzustellen!“, betonte **Verfassungssprecher LAbg. Hannes Weninger**, der gleichzeitig auch auf die notwendigen Maßnahmen im Hinblick auf die geänderte Sicherheitslage in Europa hinwies: „Wir bekennen uns uneingeschränkt zur **raschen Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes des Bundesheeres** und zur Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel. Dazu gehört die **Ausrüstung, Unterbringung und Ausbildung unserer SoldatInnen**, die **Einsatz- und Transportfähigkeit auch für den Katastrophenschutz, Investitionen in die Cyberabwehr und die Miliz** und auch zur Erfüllung **internationaler Friedensmissionen**.“

Tierleid in NÖ muss endlich gestoppt werden



„Wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, wie wir in der heutigen Zeit als Lebewesen miteinander und mit unserer Natur generell umgehen möchten?“, betonte **Tierschutzsprecher LAbg. Rainer Windholz, MSc** und verwies auf den Umstand, dass nicht artgerechte Nutztierhaltung weiter auf legalem Wege durchgeführt werden darf. Die SPÖ NÖ brachte zum §34-Antrag der ÖVP einen Abänderungsantrag ein, wonach sich das Land Niederösterreich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einsetzen soll, **nicht artgerechte Nutztierhaltung flächendeckend zu verbieten** und sich auch innerhalb der Europäischen Union dafür einsetzen soll, dass es **keine Importe aus Drittstaaten in die EU gibt, die diese nicht gewährleisten können**.

Der Abänderungsantrag wurde von der ÖVP und der FPÖ abgelehnt.